

# Stettiner Zeitung.

## Deutschland.

**Berlin, 27. August.** Gegenüber den in den Zeitungen befindlichen Nachrichten über die angebliche Verhaftung von drei französischen Offizieren, die in verschiedenen Theilen Deutschlands Terraineinrichtungen vorgenommen haben, ist zu bemerken, daß diese Offiziere ganz regelmäßige Pässe mit ihrem wahren Namen und ihrem wahren Stand bei sich geführt haben. Auffällig ist nur gewesen, daß sie in den Fremdenbüchern diesen ihren wahren Namen und Stand nicht eingeschrieben haben. Dies ist denn auch die Veranlassung gewesen, daß sie behufs ihrer Legitimation vor die Landesbehörde geladen worden sei. Eine Verhaftung derselben ist indessen nirgends erfolgt. — Die für die welfische Agitation thätigen Blätter benutzen die Mittheilung der „Kölnischen Zeitung“ und der „Sildesheimer Zeitung“, worin von einem welfischen Legionär, einem Bauernsohn aus Hannover, neuerdings darüber Klage geführt wird, daß ihnen von ihren Offizieren das Amnestie-Defret des Königs absichtlich verheimlicht, und daß sogar einzelne Soldaten von der Rückkehr in die Heimath mit Gewalt abgehalten worden wären, zu der Bemerkung, daß diese Mittheilung nicht von einem Hannoveraner herrühre, sondern, wenn sie nicht gar ihren Ursprung in Berlin habe, von einem Pseudo-Hannoveraner eingeleitet worden sind. Diesem ist die Thatsache gegenüber zu stellen, daß sehr viele altenmächtige und beschworene Ausagen von Legionären vorliegen, welche alle von dem Terrorismus in Worten und Handlungen Zeugniß ablegen, der gegen sie geübt worden ist, als sie von der Amnestie Gebrauch machen wollten, und jetzt noch geübt wird, wenn sie in ihre Heimath zurückkehren wollen. Den welfischen Blättern bleibt daher nur die Alternative: entweder einzugestehen, daß sich unter den welfischen Legionären sehr viele schlechte Subjekte befinden, denen es auf einen Netzeid mehr nicht ankommt, oder zuzugeben, daß ihre Behauptungen, die Ausagen seien unbegründet oder rühren von Nichtlegionären her, erlogen sind. — Die „Hessische Volkszeitung“ verübt mit großer Empörung, daß sich die gegnerische Presse, worunter vor Allem die nationalliberale gemeint ist, sich sehr mit der Person und der Wirksamkeit des Herrn Trabert beschäftige, und will darin einen Beweis von der politischen Bedenklichkeit desselben finden. Daß sich die nationalliberale Presse viel mit Herrn Trabert beschäftigt habe, ist jedenfalls eine Sinnentäußerung. Diese Presse hat nichts anderes gethan, als die Nachricht der „Hessischen Volkszeitung“ übernommen, daß Herr Trabert seine Wirksamkeit nach Wien verlegt habe, freilich mit dem wohl ihr eigenen Zufuge, daß Herr Traberts letztes Auftreten in Wien selbst seinen Freunden in Hessen zu stark gewesen sei. Sonst liegt ja überhaupt kein Anlaß für die gegnerische Presse vor, sich mit Herrn Trabert zu beschäftigen, von dem nur seine allzu unschuldigen Freunde behaupten können, daß er ein Mann von politischer Bedeutung sei. — Die „Bosnische Zeitung“ bemerkt: „Die ministerielle Provinzial-Correspondenz“ drückt das sattham bekannte Altenstück ab, das die Maßregeln aufzählt, welche eine Kommission der Bundesoberbehörde bei Gelegenheit der ersten „Leibniz“-Affaire zum Schutze deutscher Auswanderer vorschlug, sowie die ebenfalls bekannt-n Aufstellungen, welche die Ausschüsse des Bundesraths für Handel, Verkehr und Gewerbe gegen dieses Elaborat geltend machte, und schließt dann mit Versicherungen, daß bald Schritte zur Ausführung aller dieser guten Vorschläge — vorgeschlagen werden würden.“ Zunächst scheinen die oben angeführten Altenstücke wenigstens der „Voss. Ztg.“ nicht „sattfam bekannt“ zu sein, denn sie haben einen solchen Umfang, daß sie, wenn sie vollständig abgedruckt worden wären, mindestens noch ein paar Bülletins zur „Provinzial-Correspondenz“ nöthig gemacht haben würden. Soll denn aber mit dem Artikel der Bundesregierung Saumlässigkeit in dieser Angelegenheit vorgehalten werden, so ist dazu bei näherer Kenntniß der Sachlage, welche die „Voss. Ztg.“ nicht zu haben scheint, kein Grund vorhanden. Faktisch ist, daß der Bundesrath den betreffenden Beschluß erst in der vorletzten Sitzung vor seiner Vertagung gefaßt hat, durch welchen bekanntlich das Bundespräsidium ermächtigt worden ist, die Ernennung eines Bundes-Kommissarius vorzunehmen und die nöthigen Verhandlungen mit den auswärtigen Mächten zu führen. Was nun die Ernennung eines Bundes-Kommissarius betrifft, so sind vom Bundespräsidium bereits die einleitenden Schritte gethan; in Betreff der Verhandlungen mit den auswärtigen Mächten aber hat bereits die „Provinzial-Correspondenz“ die Mittheilung gemacht, daß der Vertreter des norddeutschen Bundes in Washington mit Weisungen versehen worden ist, die betreffenden Unterhandlungen mit den Vereinigten Staaten in Gang zu bringen. Sehr wahrscheinlich ist es, daß die Verhandlungen in Washington zur Zeit schon geführt werden, wovon man allerdings hier noch keine Kenntniß hat.

**Berlin, 28. August.** Sr. Majestät der König ist gestern Abend von Weimar kommend nach Schloß Babelsberg zurückgekehrt. Derselbe hatte auf der Station Großbeeren die Bahn verlassen und sich zu Wagen nach Potsdam begeben, woselbst bei der Ankunft zur Begrüßung die königlichen Prinzen z. anwesend waren. Das Gefolge, der General-Adjutant v. Trechow, welcher während der Fahrt Vortrag gehalten hatte, die Flügel-Adjutanten Graf Lehndorff und v. Allen, der Hofmarschall Graf Perponcher, der Leibarzt Dr. v. Lauer, der Geh. Hofrath Vord lehrten direkt hierher zurück. Heute wohnt der König den Exercitien in Potsdam bei, nimmt die regelmäßigen Vorträge entgegen und kommt am Sonnabend von Potsdam nach Berlin.

Prinz Bernhard zu Solms-Braunsfeld, geb. den 9. April 1800, preussischer General à la suite, früher in gleicher Eigenschaft hannoverscher und in Hannover auch eine Zeitlang Präsident des Staatsraths, mit beiden königlichen Häusern verwandt, starb am 23. d. M. bei Oberkiefel, als er nach der fürstlichen Domaine „Kloster Altenberg“ reiten wollte, plötzlich, indem sein Pferd durch

den heraneilenden Eisenbahzug sehr wurde, in Folge dessen der Prinz stürzte und nach wenigen Minuten den Geist aufgab.

— Vor einiger Zeit kamen mehrere hiesige Zeitungen die Nachricht, daß der Magistrat von Berlin die Telegraphen- und Postbeamten zu den städtischen Steuern voll heranziehe und ihnen die theilweise Steuerfreiheit, welche die preussischen Staatsbeamten nach dem Gesetz von 1822 besitzen, nicht zugestehen. Auf eine bei der Königl. Regierung zu Potsdam eingereichte Beschwerde ist ebenfalls ein abschlägiger Bescheid gegeben. Die Potsdamer Regierung hebt hervor, daß das Gesetz von 1822 eine theilweise Steuerexemption nur den preussischen Beamten zustehe; die Post- und Telegraphenbeamten seien indes jetzt nicht mehr preussische, sondern Bundesbeamte und deshalb zur Zahlung der ganzen Steuer gesetzlich verpflichtet. Die Regierung bezieht sich dabei auf die Motive zu dem bekanntlich von dem Bundesrath in der durch den Reichstag amendirten Fassung abgelehnten Bundesbeamten-Gesetz, dessen Abficht es ja war, den Bundesbeamten diejenigen Privilegien erst zu verschaffen, welche die Landesbeamten hinsichtlich der Steuern in den einzelnen Ländern bereits besaßen. Mit dieser Entscheidung ist der erste Schritt zur Abschaffung der Steuerexemptionen der Staatsbeamten geschehen.

**Potsdam, 27. August.** Der Chef der königlichen Oberrechnungskammer, Dr. v. Böttcher, ist heute Nachmittag 4 Uhr nach fünfzigstägigem Krankenlager gestorben.

**Kassel, 26. August.** Die „Hess. Volksztg.“ macht zu der mehrfach mit Bestimmtheit gebrachten Nachricht, daß Herr Trabert mit seiner Familie nach Wien übergesiedelt und dort in die Redaktion eines politischen Blattes eingetreten sei, folgende Bemerkung: „Die Familie des Herrn Trabert hat zwar Hanau, nicht aber Hessen verlassen, und Trabert selbst willt zwar gegenwärtig noch in Wien, ist aber dort in keiner Weise derart gebunden, daß seine Stellung zu unserer Zeitung, seine eifrige Mitarbeiterschaft an derselben im Geringsten beeinträchtigt würde. Er bleibt uns, was er bisher war.“ — Es scheint das mehr eine Befestigung als ein Dementi der Uebersteldung des Herrn Trabert nach Wien zu sein.

**Koburg, 25. August.** Der um das Wohl des hiesigen Gemeinwesens, namentlich im Jahre 1848, hochverdiente frühere Bürgermeister und Präsident der Koburger Ständeversammlung, Leopold Oberländer, der wegen plötzlich eingetretener schwerer körperlicher Leiden vor nunmehr drei Jahren pensionirt wurde, ist heute Nacht nach eben zurückgelegtem 57. Lebensjahre verstorben. Nach neueren Nachrichten wird die Königin Victoria von England Schloß Rosenau in diesem Herbst nicht besuchen, sondern sich auf der Rückreise aus der Schweiz höchstens einige Tage am hiesigen Hofe oder in Reinhardtsbrunn bei Gotha aufhalten.

**München, 27. August.** Die Gerüchte, daß die Stellung des Staatsministers Fürsten von Hohenlohe gefährdet sei, sind nur Parteimaroden und entbehren jeden Grundes.

**Aus Baiern, 25. August.** Die von mir kurz erwähnte Nachricht, daß die Verlobung unseres Königs mit der Tochter des Kaisers von Rußland so viel als eine Thatsache sei, wird nun auch aus Darmstadt gebracht zu einer Zeit, wo dort bereits ein Theil des Hofes der von Kissingen nunmehr abgerissenen und nach Jüngenheim überstehenden russischen Kaiserfamilie eingetroffen war. Trotzdem bezieht sich ein Münchener Blättchen, das hier und da offizielle Notizen erhält, die Nachricht als „jedemfalls unrichtig“ zu bezeichnen. Man kann die Sache wohl abwarten. Die kurze Reise des Fürsten Hohenlohe nach Kissingen hing jedenfalls mit der Sache zusammen, wäre aber sicher nicht erfolgt, wenn die durch den Grafen Tauffkirchen eingeleiteten Präliminarien nicht erfolgversprechend gewesen wären. Man wird in München wohl der Prinzessin Sophie den Brautstand nicht verbittern wollen; am 14. September wird dieselbe in den Hofen der Ehe einlaufen und dann schwinden die ängstlichen Rücksichten. — Unsere Presse, namentlich die ultramontane, schwärzt hartnäckig über die Vorgänge bei der jüngsten Anwesenheit des Kaisers von Oesterreich. Das kennzeichnet treffend die Unsicherheit und anscheinende Verwerthung der politischen Lage, in welcher nicht bloß die Diplomatie den sicheren Boden verloren zu haben scheint. Auffallend sind aber die plötzlichen Friedensversicherungen, welche von Paris aus so nachdrücklich ertheilt werden, daß sie die Pariser Regierung ernstlich engagiren. Die Beziehungen Preußens und Oesterreichs scheinen demnach doch unter Eingreifen der bairischen Regierung offener und vertrauender werden zu wollen, so daß man in Paris sich über Oesterreichs Passivität in einem Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland keinerlei Zweifel mehr hingiebt. Der Kaiser von Oesterreich soll sich in der Unterredung mit dem Fürsten Hohenlohe befriedigt über die Art und Weise ausgesprochen haben, in welcher unser Minister die Politik Baierns leitet und auf die Süddeutschlands überhaupt einzuwirken bemüht ist. Ein Lob für partikularistische Gesinnung ist das sicher nicht. Es wäre aber auch in der That kein Wunder, wenn man in den Wiener Hofkreisen denn doch einmal zur Ueberzeugung gelangte, daß es Thorheit ist, in Wien sich Träumereien über Wiedergewinnung eines leitenden Einflusses in Süddeutschland zum Schaden der angeblichen Einheit Deutschlands hinzugeben. (Beweis dafür, daß das Südbundesprogramm eines unserer Ultramontanen, des Dr. Karl Barth, welches den Beitritt Oesterreichs zu diesem Bunde offenhielt, gänzlich ohne Eindruck im Lande geblieben ist), und daß das bisherige Schaukelssystem, dem man huldigte, nur den Bestand des Friedens gefährdet, dessen gerade Oesterreich am meisten unter allen Staaten bedarf. Wächst doch im Kaiserstaate eine Schwierigkeit nach der anderen so zu sagen aus dem Boden wie Ostpflanze. Nicht genug, daß die stolzen Magyaren stets neue Forderungen erheben, es taucht die galicische und die tschechische Frage mit einer Heftigkeit auf, daß sie alle Aufmerksamkeit und Thatkraft der Regierung in Anspruch nimmt, eine

Lage, welche die Lust zu größeren Unternehmungen gründlich benehmen muß und darauf hinweist, daß Oesterreich sich nach verlässigeren Genossen umsehen muß, als ihm die französische „Freundschaft“ wäre. Geschäftsbriefe aus Oesterreich verhehlen es auch nicht, daß es nicht viel mehr bedarf, um das dort seit der neuen Aera erwachte Vertrauen wieder gründlich zu erschüttern und ein Uebel herauszubeschwören, wie es größer noch nicht da war. Haben doch selbst die inneren Vorgänge dort dieser Tage schon die finanziellen Kreise sehr ungünstig alterirt. Doch mehr als all diese Pariser und Wiener Symptome erregt bei uns ein kurzes Telegramm aus Barga die öffentliche Meinung. Man ventilt viel-fach die Frage, welche Folgen der Sturz des Grafen Bismarck vom Pferde, wenn er unglücklicher ausgefallen wäre, nicht bloß für Deutschland, sondern für Europa haben könnte. In welcher Weise man bei uns die erste Botschaft aus Barga ausnahm, geht daraus hervor, daß man über das erste Telegramm, von dort, welches der ersten Nachricht möglichst alle Besorgniß nahm, und die Befürchtungen, denen namentlich die Handelskreise sich hingaben — große Geschäfts- und Handelshäuser hatten schon telegraphisch Aufträge sifflirt, die sie ertheilt — gerückte, sich wahrhaft freute. Möge man sich in Ihren maßgebenden Kreisen über die Motive dieser Theilnahme doch Klarheit verschaffen; denn es scheint fast, als ob bei Ihnen gewisse Leute den Bundeskanzler schon für entbehrlich hielten. Für uns ist in der That Graf Bismarck nicht der Mann unseres Herzens. Wir bewundern in ihm den Mann der That, den Staatsmann von welchem Blick wir achten ihn, weil er, soweit es ihm nach seiner Erziehung, Schule und Umgebung eben möglich ist, jenem starren, egoistischen, abstoßenden und unfruchtbaeren Konservatismus Balet gesagt, welcher unserer ganzen Zeitrichtung widersteht und unfähig ist, Großes zu schaffen, für eine große volksthümliche Idee zu begeistern, und noch unfähiger, das Erworbene zu konsolidiren. Staaten bilden mit der Schwere des Schwertes ist denn doch leichter, als den zusammengefügten Staat auch innerlich organisch zu gestalten. Ein Beispiel zur Illustration haben Sie ja bei sich selbst. Trauen Sie aber jene Herren, welche auf die Etschenschaft des Bundeskanzlers spekuliren, zu, daß sie in höherem Maße die Fähigkeiten besitzen, welche an den leitenden Staatsmann in Norddeutschland gestellt werden? Mögen sie Aesops Frosch nicht vergessen! Soll die Einheit Deutschlands vollendet werden, so bedarf es anderer Männer als der Herren v. d. Hydt, Eulenburg und Konsorten und eines anderen Systems, als das der Männer der „Kryzlg.“ Das sollte man denn doch einsehen. Will man aber in Berlin sich mit einem Großpreußen begnügen, nun dann wird die Geschichte ein Urtheil über das Jahr 1866 fällen, welches hart klingen wird. Unsere ultramontanen Kreise und Jene, welche die Erinnerung an die Rheinbündigkeit nicht mit Widerwillen sich zurückrufen, hätten aus der Nachricht vom Tode des Grafen Bismarck bei dem dormaligen Regierungssystem in Preußen die zuverlässigsten Hoffnungen geschöpft. Es thut wahrlich noth, daß des Grafen starke Hand wieder die Zügel ergreift, soll nicht die Macht der Gegner des werdenden deutschen Staates täglich wachsen und in gleichem Maße die Zahl Jener sich mehren, welche ihren Hoffnungen, die sie auf die blutige Saat d. d. Jahres 1866 gebaut, verwundeten Herzens entsagen. — Die Hoffnungen, daß das Projekt einer süddeutschen Militärkommission doch noch zu irgend einem Resultat führen werde, ist in München noch nicht aufgegeben. (Post.)

**Unland.**  
**Wien, 25. August.** Aus dem Bruder Lager kommen sehr schlimme Nachrichten hierher. Der Kaiser hat sich über die Manöver in der zweiten Lagerperiode (August) sehr mißbilligend ausgesprochen. Viele der Herren Oberoffiziere haben durch den Krieg von 1866 blutwenig profitirt. Die Manöver der zweiten Lagerperiode sollen theilweise an denselben Fehlern gelitten haben, wie die Kriegführung im Jahre 1866, und namentlich hatten die Herren keinen rechten Begriff von der durch das Hinterladergewehr bedingten „Feuertaktik“. Wie vor und eh' wollten unsere Truppen-Kommandanten mit der Stoßtaktik, dem Bajonnetkampfe, ihr Ziel erreichen und vergaßen dabei ganz, daß in der Wirklichkeit die mörderische Wirkung der Hinterlader den größten Theil ihrer Truppen aufgerieben und daß sie selbst also gar nicht im Stande gewesen wären, Positionen zu nehmen oder zu behaupten. Eine sehr traurige Wahrnehmung, wenn man bedenkt, daß wir zwei Jahre nach Königrätz zählen und somit Zeit genug gehabt haben, unser veraltetes Kriegführungssystem zu modernisieren. Allerdings hat man auch tüchtige Talente entdeckt, die im richtigen Erfassen der Situation und in Benutzung der augenblicklichen Terrainverhältnisse gegen den Feind Ausgezeichnetes leisteten. Dies war namentlich in der ersten Lagerperiode der Fall, über die sich der Kaiser auch ziemlich günstig geäußert haben soll.

**Wien, 25. August.** Die „Allg. Ztg.“ schreibt: „Statt der Rekrutirung sollte unablässig auf die nähere Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich hingearbeitet werden, und aus diesem Gesichtspunkt tabeln wir es, wenn es auf Veranlassung aus dem kaiserlichen Ministerium geschehen sein sollte, daß der Artikel der „Osterr. Militärztg.“ vom 1. August d. J.: „Ein preussischer Kriegsplan von 1866“ (betr. die Note des Grafen Ufedom), mit dem aus einem Tagesbefehl des Prinzen von Preußen vom 1. Januar 1850 entlehnten Motto in 10,000 besonderen Abdrücken (letzte Blätter sprechen von 20,000 Exemplaren) an die österreichische Armee vertheilt worden ist. Das hiesige nicht mehr scharfe Kritik über, sondern Haß erzeugen wollen.“

**Wien, 27. August.** In dem österreichisch-russischen Eisenbahnverkehre wird demnächst eine neue Verbandsvertheilung eingeführt werden, durch welche wesentliche Erleichterungen für den Bahnverkehre auf der Strecke via Granica eintreten werden. —

